

Er scheint Mittwoch und Samstag

# Obwaldner Volksfreund.

Abonnementspreis:  
Für die Schweiz jährlich Fr. 5.50,  
halbjährlich Fr. 2.80, Post-Abonnement:  
10 Cts. Zuschlag.

Insertionspreis:  
Für Obwalden die einspaltige Petitzeile  
10 Cts., für auswärtige 15 Cts. Wiederholungen Rabatt.

Insertate nehmen für uns alle Annoncen-Expeditionen entgegen.

Gratis-Beilage:  
„Illustriertes Sonntagsblatt“.

Druck und Expedition:  
Louis Ehrli, Sarnen. — Telefon.

Vierundvierzigster Jahrgang

Nr. 49

Sarnen, Samstag, 20. Juni 1914



## An unsere Leser!

Auf den kommenden Semesterwechsel darf auch unser Blatt sich in empfehlende Erinnerung bringen.

Es wird auch in Zukunft darnach trachten, das Obwaldner Volk über die Ereignisse im Kanton und in der weiten Welt herum seinem bescheidenen Raume entsprechend zu unterrichten.

Vor allem liegt uns daran, den lokalen Teil möglichst reichhaltig und anregend zu gestalten. Was außerhalb unserer Landesmarken sich ereignet, liest ein großer Teil unserer Leserschaft in Tageszeitungen.

Wir sind Freund einer gesunden und lebenskräftigen Politik, die in Berücksichtigung alter bewährter Institutionen den volkswirtschaftlichen und sozialen Fortschritt unseres Kantons verfolgen soll.

Wir stehen unerschrocken ein für die Rechte der Kirche und wir wollen dem Obwaldnervolke seine heiligsten Güter, Glaube und gute Sitten, erhalten wissen. Treu der Kirche, treu dem Papste!

Diese Grundsätze hindern uns nicht, im Staate einem gesunden Fortschritt zu huldigen. Wir unterstützen alle Bestrebungen, um die schönen bisherigen Erfolge auf vielen Gebieten des Staatswesens noch zu vergrößern und den Anforderungen der neuen Zeit gerecht zu werden.

Innerhalb der Grenzen dieser Prinzipien gewähren wir in unserem Blatte dem freien Manne das freie Wort. Der „Volksfreund“ soll ein echtes Volksblatt sein.

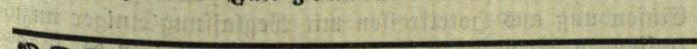
Mit diesen Leitlinien treten wir neuerdings vor das Forum der Öffentlichkeit, verbunden mit der Bitte an unsere freundlichen Leser und Freunde, für das Blatt auch ferner zu werben und für dessen Verbreitung besorgt zu sein. Die Macht der Zeitung ist groß. Verkennen wir diese Macht nicht. Es können Zeiten kommen, wo wir froh sind, in friedlichen Jahren für unsere Sache wacker gearbeitet zu haben.

Wir wollen keinen Stillstand. Nur stete und bewußte Arbeit führt zum Ziele. Wir wünschen daher auch vermehrtes politisches Leben. Jeder stimmfähige Bürger soll sich für öffentliche Fragen des Lebens interessieren. Wir werden daher, wie bisher, uns mit den politischen Vorgängen einlässlich beschäftigen. Das Volk soll wissen, was die Behörden leisten, es soll ihm ebenfalls Gelegenheit gegeben werden, sich ein Urteil zu bilden. Nur so erziehen wir eine politisch geschulte Bürgerschaft.

Unsere bisherigen Mitarbeiter und Korrespondenten sind freundlichst ersucht, uns in diesen Bestrebungen auch ferner getreulich zu unterstützen. Und wenn zum bisherigen Stabe noch da und dort ein neuer Korrespondent auftaucht, so ist er herzlich willkommen.

Wir wiederholen das schon oft geschriebene Wort unseres heiligen Vaters Papst Pius X.: „In jedes Haus eine gute katholische Zeitung!“

Jeder neu eintretende Abonnent erhält den „Obwaldner Volksfreund“ mit seinen zwei Gratis-Beilagen: „Illustriertes Sonntagsblatt“ und „Landwirtschaftl. Mitteilungen“, bis 1. Juli gratis!



## Aus dem Nationalrate.

Die neomodischen Künstler haben keine zahlreiche, dafür aber um so hitzigere Presse auf ihrer Seite. An der Spitze dieser Garde marschiert Voosli, der seine Auf-

fassung der Pflicht eines Zeitungsschreibers damals in ein eigentümliches Licht gestellt hat, als er Jeremias Gott-helf gegen besseres Wissen als Plagiator hinstellte. Einzelne dieser Pressstimmen stellen in Aussicht, daß die Künstler künftig auf die Bundessubvention verzichten, dann habe kein Ratsmitglied mehr das Recht, sie zu tadeln. Es sei ein Skandal, daß man in den Käten so abschäbig über moderne Kunst urteile. Diese Herren National- u. Stände-räte verstehen alle zusammen nichts von der Kunst, nicht einmal über Farben können sie richtig urteilen. Nun ja, wenn die Herren „Künstler“ das Geld nicht mehr wollen, so kann es der Bund anderwärts schon brauchen. Deswegen wird man aber Volk und Presse nicht verbieten können zu protestieren, daß ihre Werke in Ausstellungen, die sich breit machen, als Erziehungsmittel des Volkes gepriesen werden und an öffentlichen Plätzen sich der Jugend in einer Weise aufdrängen, die in den besten Zeiten des heidnischen Rom und Griechenland unmöglich gewesen wäre. Wenn die Kunst im Dienste der sittlichen Volks-erziehung stehen soll, so werden Behörden, Eltern und Erzieher, so wird das Volk auch ohne, daß es direkt zahlt, zu den rücksichtslos sich aufdrängenden Kunstprodukten etwas sagen dürfen.

Die Diskussion über den Proporz ist ulerlos und endlos. Man muß froh sein, wenn sie diese Woche zu Ende geht. Es waren am Anfange derselben 20 Redner eingeschrieben. Forrer-St. Gallen (radikal), der Bericht-erstatte der Kommissionmehrheit, beantragt Ablehnung des Proporzses. Das Wahlrecht sei kein Individualrecht, seine Ordnung müsse sich nach dem Interesse des Staates richten und mit diesem vertrage sich die Zersplitterung im Parlament nicht. Der Proporz löse die Staatsidee in politische und wirtschaftliche Gegensätze auf. Man solle die historischen Parteien nicht der Gefahr der Zersetzung aussetzen. Man wolle durch den Proporz ein photographisch getreues Bild aller Volksschichten erreichen, das sei aber unmöglich. Die Formel „ein Kanton ein Wahlkreis“ bringe zum Voraus eine Ungleichheit. Die Waffe sei die gleiche, aber in einem Kanton stehen zwei Patronen oder mehr und im andern nur eine zur Verfügung. Die kleineren Wahlkreise müßten nach und nach eingehen. Selbst Redaktor Baumberger gebe das ohne weiteres zu. In großen Wahlkreisen, wie Bern, wäre es unmöglich, das persönliche Vertrauensverhältnis zwischen Wähler und Gewählten noch zur Geltung zu bringen. Der Ständerat bilde an sich schon eine Vertretung der Minderheit. Das Proporzverfahren würde ihn überflüssig machen. Das Schweizer-volk ist jetzt schon im Großen und Ganzen richtig ver-treten, speziell kommen die Sozialdemokraten auch so zu ihrem Recht. Man möge zugeben, daß manches unter dem Majorz nicht vollkommen sei; doch sei man bisher damit gut gefahren. Der Geist macht lebendig, der Buchstabe tötet. Der richtige Proporz liege in loyaler Heranziehung aller Volksteile zur Erfüllung der Staatsaufgaben. — Gaudard-Waadt (radikal) referiert französisch: Der Pro-porz hat in den Kantonen die Parteien zersplittert, er würde das auch im Bunde tun. Die Grundlagen, auf welchen 1848 der Bund aufgebaut wurde, waren ausgezeichnet, unser Staatswesen ist aufgeblüht. Der Proporz bedeutet den Tod der politischen Freiheit. Man werde durch den Proporz eine andere Partei zur Mehrheit machen, diese solle dann auch die Einheit und Kraft und Ehre des Schwei-zervolkes fördern, wie es die radikale Mehrheit getan habe. Scherrer-Füllmann von St. Gallen (Demokrat): Die Forderung des Proporzses ist nicht ein Produkt des politischen Hasses, wie die Gegner sagen, er ist ein lebens-trächtiges Postulat, das unter allen Parteien Freunde hat. Der Lärm über Bergewaltigung der Liberalen in der Ur-schweiz ist völlig unbegründet. Auch der Proporz würde ihnen nicht mehr Vertreter bringen. Man sagt nicht, der Proporz sei vollkommen, aber er ist vollkommener als der Majorz. Die Sozialreform wird nur Fortschritte machen, wenn wir die geeigneten Männer in die Bundesversamm-lung wählen können. Nicht die Mehrheit habe das Gute geschaffen, das bis jetzt erreicht worden sei, auch die Min-derheiten haben mitgeholfen, das werde ihnen unter dem Proporz noch mehr möglich sein. Man solle die Minder-heiten nicht nur durch Gnade mitregieren lassen, sondern ihnen gesetzlich das Recht geben, das ihnen gehört. Der Proporz zersplittert nicht; denn er schafft nicht Parteien, sondern gibt ihnen nur die richtige Vertretung. Den

Kantonen darf man die Vertretung nicht nehmen, am aller-wenigsten den Urkantonen, den Gründern der Freiheit. Die Drohung der Aufhebung des Ständerates, Verwischung der Kantonsgrenzen u. s. w. sind nur taktische Manöver, um die Großen gegen die Kleinen aufzuheben. Der Eidgenosse ist noch nicht geboren, der es wagt, solche An-träge im Ernst zu stellen. Sogar den Geburtenrückgang der Protestanten hat man gegen den Proporz ins Feld geführt. Da können sich die Protestanten selbst helfen. Die jetzige Mehrheit wird auch in Zukunft Mehrheit bleiben, das wissen ihre Angehörigen wohl; aber sie wollen sich ihre Mandate absolut nicht schmälern lassen. Der Proporz ist eine Notwendigkeit für die freie politische Entwicklung unseres Landes. Tissières-Wallis (konservativ) sprach formell und inhaltlich sehr gut für den Proporz. Den Grundsatz der Minderheitenvertretung anerkennt auch die jetzige Mehrheit. Wir wollen sie aber nicht auf dem Wege der Konzession, sondern nach dem Grundsatz der Gerechtig-keit. Das ist die Forderung der Proporzfreunde. Bundes-rat Hoffmann wird der erste sein, der sich mit dieser Wahlart versöhnt, wenn sie einmal eingeführt ist. Gaudard aber wird der letzte Mohikaner des Majorzses sein. Beim Majoritätsprinzip spielt der Zufall eine zu große Rolle; wie hätte sonst der Antimilitarist Raine auf sich eine Mehrheit vereinigen können? Daß auch unter dem Majorz eine Zersplitterung stattfinden kann, beweist die Zahl der Parteien in Deutschland und Frankreich. Die Finanzen des Bundes sind in sehr prekärer Lage; nur das Zusammenwirken aller Kräfte kann da helfen. Im Namen der wahren Demokratie fordern wir die Verhältniswahl. Studer (Sozialdemokrat): Was man gegen den Pro-porz in den Kantonen anführte, sind nur Schladen, welche vom Majorz geblieben sind. Das beste Zeugnis für den Proporz ist die Tatsache, daß bei der letzten Abstimmung kein Kanton, der ihn eingeführt hatte, denselben verworfen hat. Von Streng (Thurgau) gibt namens der ka-tholisch-konservativen Partei die Erklärung ab, sie spreche sich für die Initiative aus, weil diese Wahlart dem demo-kratischen Gedanken am besten entspricht. Wir stimmen nicht zum Proporz, weil er für uns eine Machtfrage ist, aber weil er eine Gerechtigkeitsfrage ist. Nur mit dem Proporz erhält das Wahlrecht auch Wahlkraft. Hilty hat den Proporz als sittliches Gebot bezeichnet. Ein sittliches Gebot soll auch Gesetzeskraft erhalten. Es gibt heute noch Kantone, in denen der freiwillige Proporz uns gegenüber nicht beobachtet wird. Die Formel „ein Kanton ein Wahl-kreis“ ist nötig, weil dadurch parteipolitischen Künsteleien begegnet wird. Die Umgestaltung des Ständerates ist eine unwirksame Drohung, seine Stellung ist heute stärker als je. Fazy (Genf) ist Gegner, weil der Proporz imperative Mandate schaffen würde, jeder Gewählte müßte so stimmen, wie seine Wähler es befehlen. Der Bundesrat habe es dem Auslande gegenüber nötig, daß er eine starke Mehrheit auf seiner Seite habe. Zürcher meint, nur durch Zu-rückdrängung des Föderalismus sei die Schweiz stark ge-worden. Der Proporz würde nur Politiker und nicht auch Sachverständige bringen. De Meuron (liberal-konserva-tiv) weist auf die guten Erfahrungen in den Proporzkan-tonen hin. Es mögen in einzelnen Proporzkantonen Par-teizersplitterungen vorgekommen sein, im Tessin aber ge-schah z. B. das Gegenteil. In den Majorzantonen gibt es auch Zersplitterungen, z. B. in Alt- und Jungfreisinnige. Die Minderheitsvertretung liegt oft im Interesse der Mehr-heit selbst. Man sucht nach einer Formel, um das Mindest-maß von Volksrechten zu bestimmen. Im Proporz hat man es. Stadlin-Zug (radikal): Trotzdem seit 20 Jahren alle Behörden nach Proporz gewählt wurden, sind dort die Freisinnigen noch heute nicht dafür. Es werden unnatürliche Allianzen gegründet und die Minderheit kommt doch nicht zur gebührenden Vertretung. Bundesrat Hoffmann: In unserm Lande, wo so viele sprachliche und regionale Gegensätze bestehen, darf man die Partei-gegensätze nicht noch verschärfen. Wir müssen fragen: Was kommt der Schweiz als Ganzes? Wenn einzelne Vorlagen verworfen wurden, kann man darum nicht sagen, daß zwischen Volk und Volksvertretung ein Zwiespalt be-stehe. Man muß jeweils den Mut haben, auch gegen be-stehende Meinungen aufzutreten und das Volk zu bessern Meinungen heranzuziehen. Wenn man nur die Gesetze dem Volke vorlegen wollte, von deren Annahme man sicher ist, so wäre unsere Arbeit kaum nützlich. Wir leben in